Was die Europäer aus der Irak-Krise lernen

Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört auf die Tagesordnung

Die transatlantische Epoche ist zu Ende. Soviel ist gewiss. Das zu bilanzieren heißt nicht, die über Jahrzehnte alles in allem bewährte Zusammenarbeit zwischen den USA und ihren europäischen Partnern infrage zu stellen, im Gegenteil. Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten gibt es ohnehin keine vernünftige Alternative. Und in dem Maße, in dem das weltweite Krisen- und Konfliktpotential eher noch zunimmt, sollten beide Seiten ein beträchtliches Interesse daran haben, ihre außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit fortzusetzen – allerdings auf einer erneuerten Basis.

Auf ihr müssen Europäer und Amerikaner, wenn auch vorläufig nicht als militärisch gleichrangige, so doch als politisch, wirtschaftlich oder auch kulturell gleichwertige Partner verkehren – „auf gleicher Augenhöhe", wie der Kanzler Schröder klarstellte. So gesehen, gibt es im transatlantischen Verhältnis „nicht zu viel Amerika", sondern „zu wenig Europa", kann der „Emanzipationsprozeß" nur „mehr Europa" zum Ziel haben.

Nach der Installierung eines geschlossenen Marktes, einer einheitlichen Währung, auch eines in weiten Bereichen schon vereinheitlichten Rechtssystems steht jetzt, dringlicher noch als zuvor, die Umsetzung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der Tagesordnung. Ein Weiterbestehen der NATO unterstellt, kann das nur auf einen von Grund auf neu konstruierten Pfeiler der alten Allianz hinauslaufen. Eine auch in dieser Hinsicht reformierte europäische Gemeinschaft muss in der Lage sein, gegebenenfalls aus eigener militärischer Kraft und in eigener politischer Verantwortung zu handeln und insbesondere innereuropäische Krisen und Konflikte aller Art, wie während der 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts die Kriege im vormaligen Jugoslawien, innereuropäisch zu lösen. Das Potential hat sie.

Grundsätzlich kann Europa nämlich durchaus seine eigene Sicherheit gewährleisten, zumal der Kontinent mit den Nuklearwaffen Frankreichs und – sollte es mit von der Partie sein – Großbritanniens sogar ein ausreichendes eigenes Abschreckungspotential besitzt. Finanziell, technologisch und logistisch effizient koordiniert und insbesondere von Ressourcen bindenden Mehrfachentwicklungen befreit, ist die europäische Industrie äußerst leistungsfähig. Die Ende Mai 2003 erfolgte Einigung über die Finanzierung des Militärtransporters A-400M, des Satelliten-Navigationssystems „Galileo" sowie des Raketenprogramms „Ariane" zeigt, was politischer Wille zuwege bringen kann.

Wenn es sein muss, sind – wie stets in der langen Geschichte des integrierten Europa, zuletzt im Falle der europäischen Währung – erste Schritt auf dem Weg zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion von einer Kerngemeinschaft zu tun, zumal insbesondere die neuen Mitgliedsstaaten Ost- und Ostmitteleuropas auf absehbare Zeit für amerikanische Gegenargumente, Gunstbeweise oder auch mehr oder weniger unverhohlen geäußerte Drohungen empfänglich sein dürften. Zweifellos hat man in Warschau und Prag, in Wilna oder Budapest aufmerksam registriert, was Außenminister Colin Powell während seiner Berlin-Visite Mitte Mai 2003 unmissverständlich zu Protokoll gegeben hat. Danach behalten sich die Vereinigten Staaten auch in Zukunft die Bildung von „Koalitionen der Willigen" vor, sollte in der NATO oder der EU „kein Konsens" gefunden, also die amerikanische Position nicht von allen geteilt und akzeptiert werden.

Joschka Fischer wurde als überzeugter Europäer bereits als erster Außenminister der Gemeinschaft gehandelt.

Dass solche Hinweise bei den Regierungen der meisten Staaten Ost-, Südost- und Ostmitteleuropas offene Ohren finden, wird man gerade in Deutschland verstehen, ist doch die heutige Situation vieler Neumitglieder der EU oder der NATO derjenigen vergleichbar, in der sich die Bundesrepublik jahrzehntelang befunden hat. Das gilt für das Gefühl der Bedrohung, das sich aus Instabilitäten und Gefahren aller Art ergibt; es gilt für die Hoffnung, die man deshalb in die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten setzt; und es gilt für die Abhängigkeit, in die man sich dadurch zwangsläufig begibt.

An der Notwendigkeit des forcierten Aufbaus eigener europäischer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ändert das nichts; auf diesem Gebiet handlungsfähig zu werden, ist das Gebot der Stunde. Initiativen gibt es, so den Vorstoß des französischen Staatspräsidenten und des britischen Premierministers von Saint-Malo, mit dem sich Chirac und Blair Anfang Dezember 1998 für eine autonome militärische Handlungsfähigkeit Europas einsetzten. Oder auch die Initiative des belgischen Ministerpräsidenten Verhofstadt vom Sommer 2002. Ursprünglich als Wiederbelebungsversuch von Saint-Malo gedacht, mündete sie am 29. April 2003 in einem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Luxemburgs.

Gewiss waren Konstellation und Zeitpunkt der Begegnung vor dem Hintergrund der Irak-Krise nicht glücklich gewählt. Immerhin nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit, um den übrigen Partnern konkrete Maßnahmen und Schritte auf dem Weg zu einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion" (ESVU) vorzuschlagen, deren Grundidee im Sommer 1999 von der deutschen Außenpolitik ins Gespräch gebracht worden war. Dass sich Premierminister Blair Ende September beim Berliner Gipfel mit Kanzler Schöder und Präsident Chirac ausdrücklich zur ESVP bekannte und damit an die Initiative von Saint Malo anknüpfte, ist bemerkenswert.

Tatsächlich waren die Voraussetzungen für substantielle Fortschritte selten so gut wie seit den ersten Wochen und Monaten des Jahres 2003. Denn noch nie, seit es das integrierte Europa gibt, waren sich seine Bürger – unabhängig von der Nationalität und der konkreten Position ihrer Regierung in der Irak-Krise – so einig. Am 10. April 2003 hatte das Europäische Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten angenommen, der nicht nur „größere militärische Anstrengungen" verlangt, sondern mit bislang unerhörter Klarheit feststellt: „Wenn diese Bereitschaft fehlt, wenn es die Regierungen der Mitgliedsstaaten weiterhin den Amerikanern überlassen, eventuell Kriege zu führen, und sich lediglich mit Fragen des Friedens befassen, dann muss sich die Union wohl damit abfinden, dass sie die Rolle der Athener im alten Rom spielt: Dies hieße letzten Endes, hinzunehmen, dass man sich dem Willen eines neuen Reiches unterordnet."

Klare Definition der Interessen

Handlungsfähig wird Europa allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Aufbau seiner Sicherheits- und Verteidigungsunion mit einer klaren Definition seiner Interessen einhergeht: Welche gemeinsamen Interessen und Ziele, von humanitären abgesehen, haben die Europäer in Afghanistan, im Irak oder im Kongo? Wann, mit welchen Mitteln und unter welchen Bedingungen, gegebenenfalls auch mit welchen Verbündeten, wollen sie in welchen Regionen einschreiten, um für ihre eigene Hemisphäre Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern?

Die Irak-Krise hat den Klärungsdruck dramatisch erhöht; sie hat einer überlebten Epoche das überfällige Ende bereitet und eine andere, noch weitgehend unbekannte eingeläutet. In dieser neuen Epoche geht es vordringlich um die Formulierung eigenständiger europäischer und damit zwangsläufig auch um das Hintanstellen traditionell nationalstaatlich definierter Sicherheitsinteressen. Wegen seines politischen Gewichts, wegen seines weltweiten militärischen Engagements, wegen seiner historisch begründeten Reputation in der Dritten Welt und wegen der Erfahrung, welche die Bundesrepublik während des Ost-West-Konflikts mit Souveränitätsverzichten gesammelt hat, ist Deutschland wie kaum ein zweites Mitglied der Europäischen Union gefordert, daran federführend mitzuwirken. Seit der Vereinigung hat das Land die Statur für diese Rolle, seit der Irak-Krise auch das Selbtsbewusstsein, sie mit Augenmaß auszufüllen.

Gregor Schöllgen ■

Der Autor ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen und hat soeben mit dem Titel „Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne" im Berliner Propyläen Verlag das Buch zum Thema vorgelegt.